



**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)**, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

12. Jahrgang, Nummer 08 / 2015

\*\*\*\*\*

### *Liebe Leserinnen und Leser,*

egal, ob es um örtliche Umweltprojekte oder um bundesweite Aktionen gegen Atomanlagen, Fracking oder CETA geht: Immer ist der BBU ein engagierter Ansprechpartner, der seine langjährigen Erfahrungen beratend einbringen und organisatorische Hilfestellung leisten kann. Natürlich kann auch der BBU keine Wunder „aus dem Nichts“ vollbringen und ist darum immer wieder auf die Unterstützung seiner Mitglieder und von Freundinnen und Freunden angewiesen. Gerade jetzt mit dem Blick Richtung Jahreswechsel und hinsichtlich der anstehenden Aktivitäten in 2016 (z. B. 30 Jahre Tschernobyl) sind Spenden an den BBU wichtig, damit wir Planungssicherheit bekommen. Daher hier der dezente Hinweis auf das BBU-Spendenkonto bei der Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33, **Stichwort „BBU 2016“**.

BBU-Geschäftsstelle, die BBU-Newsletter-Redaktion und der BBU-Vorstand wünschen Euch noch möglichst viele sonnige Herbsttage.

## Stopp Fracking!

Der BBU bittet weiterhin um Spenden für sein Engagement gegen Fracking. Ausführliche Informationen dazu unter

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/BBU-Spendenaufwurf%20Juli%202015.pdf>

Über „Spendenportal.de“ kann auch online mit wenigen Mausklicks für den BBU gespendet werden:

<https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/11578>

### 1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

#### **BBU: Protest gegen TTIP, Fracking und Atomanlagen**

Anfang Oktober 2015 hat der Vorstand des BBU in Essen getagt. Hier dazu zur Dokumentation Auszüge einer Pressemitteilung des BBU:

#### **BBU fordert von der Bundesregierung ein ausnahmsloses Fracking-Verbot**

Der Vorstand des BBU hat sich bei seinem Vorstandstreffen auch intensiv mit der weiteren Auseinandersetzung um das von der Bundesregierung als Entwurf vorgelegte Pro-Fracking-Recht befasst. Der BBU kritisiert scharf, dass die Bundesregierung die Bevölkerung derzeit nicht darüber informiert, wie und wann das aktuelle Gesetzgebungsverfahren fortgesetzt werden soll. Als maßgeblicher Akteur der Anti-Fracking-Bewegung fordert der BBU von der Bundesregierung, dass sie den bisherigen Gesetzentwurf nicht zur Abstimmung in den Bundestag bringt. Stattdessen soll ein Gesetz auf den Weg gebracht werden, das ein ausnahmsloses Fracking-Verbot im Bundesberggesetz einfügt. Der BBU unterstützt bis zur Einführung des entsprechenden Verbots die Forderungen der Anti-Fracking-Bewegung nach einem sofortigen Moratorium für Fracking sowie für die Verpressung von Lagerstättenwasser und Flowback. Der BBU warnt davor, dass durch Fracking u. a. Grundwasserverseuchungen, Gesundheitsschäden, und Erdbeben drohen. Mehr zum Thema Fracking unter <http://www.bbu-online.de> sowie unter <http://www.gegen-gasbohren.de>.

#### **Kohlekraftwerk Datteln 4 stoppen!**

Im September hat in Datteln der Erörterungstermin zum geplanten Kohlekraftwerk Datteln 4 stattgefunden. Eigentlich sollten bei dem Termin die Bedenken und Einsprüche der Bevölkerung sachlich erörtert werden. Doch wieder einmal wurde deutlich, dass derartige Erörterungstermine nicht dem Schutz der Bevölkerung oder der Umwelt dienen. Und so haben die meisten Einwanderinnen und Einwander unter Protest den Termin verlassen. Anlass war die Darstellung von Schadstoffprognosen, die aus Sicht der Umweltbewegung fehlerhaft war. Vor dem Erörterungstermin



terungstermin hatte sich der BBU u. a. mit einem Einspruch gegen das Kohlekraftprojekt eingebracht. In dem Einspruch werden die Gefahren des Kraftwerks deutlich: Es heißt darin: „Der Kraftwerksbetrieb wäre mit dem Ausstoß zahlreicher Schadstoffe verbunden. So würden jährlich etwa 280 Tonnen Staub, darunter der gesundheitsschädliche Feinstaub, 2.800 Tonnen der die Atemwege schädigenden Stickoxide und 140 kg des sehr giftigen Quecksilbers ausgestoßen. Dieser Eintrag bedeutet für die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme in der Umgebung eine unzulässige Belastung.“ Den ganzen Einspruchstext kann man hier nachlesen:

<http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Einspruch-E%20ON%20Datteln.pdf>.

### **5 Jahre Fukushima / 30 Jahre Tschernobyl**

Der BBU wird sich weiterhin mit der Atommüllproblematik befassen. Durch „Freimessungen“ dürfen kontaminierte Materialien, die beim Abbau von stillgelegten Atomkraftwerken und Atomanlagen anfallen, nicht in die Umwelt gelangen. Wichtig ist es aus Sicht des BBU insgesamt, dass die ständige Atommüllproduktion sofort gestoppt wird. Mit Blick auf die Jahrestage der Reaktorkatastrophen von Fukushima und Tschernobyl im Jahr 2016 ruft der BBU zur Planung von Gedenkveranstaltungen und zum weiteren Protest gegen die Atomindustrie auf. Der BBU fordert grundlegend und international die sofortige Stilllegung aller Uranminen, Atomfabriken und Atomkraftwerke. Am 11. März ist der 5. Jahrestag der Fukushimakatastrophe, am 26. April der 30. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl. Bereits jetzt steht fest, dass am Vortag des Jahrestages, am 25. April, in Almelo (NL) eine Gedenk- und Protestveranstaltung an der niederländischen Urananreicherungsanlage in Almelo stattfinden wird. Der BBU hat wiederholt den Protest gegen diese Anlage unterstützt und wird auch im deutschen Grenzgebiet zur Teilnahme an der Aktion aufrufen.

Mehr zu den Jahrestagen bald unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>.

### **Stromwechsel jetzt!**

Der BBU ruft nach wie vor zum Stromwechsel auf – hin zu einem Stromanbieter, der keinen Atomstrom produziert und nicht mit der Atomindustrie verflochten ist. Der BBU kooperiert dabei mit EWS (Elektrizitätswerke Schönau). EWS-Strom ist „atomstromfrei“. Dies war und ist eine Bedingung für den BBU, aktiv für EWS zu werben. Weitere Informationen zur BBU-Stromwechsellkampagne unter <http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>.

*Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 07.10.2015. Vollständiger Text unter*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/07.10.15.pdf>

## **2. Themenbereiche**

### **Atomenergie**

#### **Urenco-Verkauf: Britische und deutsche Regierung treffen sich**

Britische Medien berichten, dass sich die britische Regierung diese Woche mit Vertretern der Bundesregierung treffen will, um den Verkauf des Urananreicherers Urenco zu beschleunigen. Die britische Regierung sei besorgt, dass die niederländische Regierung zu viele Hürden beim Verkauf aufbaue. Von möglichen Bedenken der Bundesregierung ist nicht die Rede. Zudem berichten die britischen Medien, dass Urenco ein neues Führungsduo sucht. Aufgrund des laufenden Verkaufsprozesses sei es aber schwer, Nachfolger zu finden (Link zum UK-Bericht s. unten).

Urenco beliefert 30% des Weltmarktes mit angereichertem Uran zur Brennelementefertigung und gehört sowohl dem britischen und niederländischen Staat sowie EON und RWE. Die Bundesregierung besitzt ein Vetorecht bei wichtigen Entscheidungen, weil die Urananreicherung als Schlüssel zur Atombombe gilt. In Deutschland produziert Urenco trotz des beschlossenen Atomausstiegs zeitlich unbefristet im westfälischen Gronau angereichertes Uran. Auf parlamentarische Anfragen hat die Bundesregierung bislang sogar einen Börsengang für Urenco nicht ausgeschlossen.

„Wir fordern von der Bundesregierung eine klare Ablehnung der Verkaufsabsichten für Urenco sowie die Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau. Wer den Atomausstieg zuhause will, darf angereichertes Uran nicht für AKWs in alle Welt liefern. Ohne das Ende der Urananreicherung wird der Atomausstieg nicht vollendet sein. Ein Verkauf der Urananreicherungstechnologie kann zudem zu einer unkontrollierbaren Weiterverbreitung von militärisch brisanter Nukleartechnologie führen. Das lehnen wir entschieden ab“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

„Weltweit streben viele Länder nach Atomwaffentechnologie. Anstatt ausgerechnet die Urananreicherung nun durch einen Verkauf von Urenco auf dem Weltmarkt anzubieten, sollte die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und die Urananreicherung freiwillig im eigenen Land beenden. Das wäre auch friedenspolitisch ein starkes Signal. Verkaufsgespräche auf Regierungsebene senden hingegen das völlig falsche Signal aus“, ergänzte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

*Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU, des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und des AKU Gronau vom 13.10.2015. Vollständiger Text unter*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/13.10.15.pdf>

#### **Entschlossener Widerstand gegen Castortransporte wurde angekündigt**

Rund 50 Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegner haben am 18.10.2015 bei regnerischem Wetter in Ahaus gegen drohende Castor-Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus demonstriert. An der Protestaktion beteiligten sich u. a. Anti-Atomkraftinitiativen aus Ahaus; Münster und Gronau sowie vom AntiAtom-Bündnis Niederrhein. Auch ein Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nahm an der Veranstaltung teil.

In Kundgebungsreden wurden die möglichen Atommülltransporte entschieden abgelehnt. Stattdessen wurde alternativ zu der sinnlosen Atommüll-Verschieberei der Bau einer erdbebensicheren Lagerhalle in Jülich gefordert. Für den Fall, dass die Politik den Atommüll tatsächlich nach Ahaus transportieren lassen will, wurde bei der Kundgebung entschlossener Widerstand angekündigt.

Weitere Informationen unter

<http://www.bi-ahaus.de>, <http://www.westcastor.de>,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/21.07.14.pdf>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 19.10.2015. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/19.10.15.pdf>

### **Soll Rüstungsmanager Urenco-Verkauf steuern?**

Während sich die Bundesregierung weigert, Details zu ihren Gesprächen mit der britischen Regierung zum geplanten Verkauf des Urananreicherers Urenco preiszugeben, berichteten britische Medien am Wochenende, dass Sir Dick



Olver, der u. a. beim Rüstungskonzern BAE Systems in führender Position tätig war, bei Urenco als neuer Chairman den weiteren Verkauf steuern soll (Link zum UK-Bericht s. unten).

Atomkraftgegner kritisieren scharf die Geheimniskrämerei der Bundesregierung: „Offensichtlich werden bei Urenco die Weichen neu gestellt. Auch Urenco-Chef Helmut Engelbrecht soll ersetzt werden und die britische Regierung erhöht den Verkaufsdruck. Die Öffentlichkeit hat auch hierzulande ein Recht darauf zu erfahren, warum z. B. ausgerechnet ein Rüstungsmanager den Verkauf des Urananreicherers leiten soll und wie die Bundesregierung die militärisch nutzbare Urananreicherungstechnologie vor Weiterverbreitung schützen will. Es handelt sich schließlich um eins der brisantesten Wirtschaftsgeschäfte seit vielen Jahren“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Urenco beliefert 30% des Weltmarktes mit angereichertem Uran zur Brennelementefertigung und gehört sowohl dem britischen und niederländischen Staat sowie EON und RWE. Die Bundesregierung besitzt

ein Vetorecht bei wichtigen Entscheidungen, weil die Urananreicherung als Schlüssel zur Atombombe gilt. In der Bundesrepublik Deutschland produziert Urenco trotz des beschlossenen Atomausstiegs zeitlich unbefristet im westfälischen Gronau angereichertes Uran. Auf parlamentarische Anfragen hat die Bundesregierung bislang sogar einen Börsengang für Urenco nicht ausgeschlossen. Der Verkauf soll bis zu 14 Mrd. Euro erbringen.

Hier der Link zum britischen Medien-Bericht:

<http://news.sky.com/story/1571349/olver-approached-to-lead-10bn-urencosale>

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU, des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und des AKU Gronau vom 19.10.2015. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/19.10.15.pdf>

### **BBU-Einsprüche gegen AKW-Planungen in Ungarn und in der Slowakischen Republik**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat bei den zuständigen Regierungen Einsprüche gegen neu geplante Atomkraftwerke in Ungarn und in der Slowakischen Republik eingereicht. Konkret richten sich die Einsprüche gegen 2 neue Atomreaktoren am Standort Paks in Ungarn sowie gegen einen neuen Reaktor in der Slowakischen Republik am Standort Bohunice. Nach Angaben von BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz ist es „enorm wichtig, international den Neubau von Atomkraftwerken zu verhindern“.

Der BBU setzt sich grundsätzlich für eine ökologisch orientierte Energieversorgung und für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg ein. So ist es für den Verband völlig selbstverständlich, dass er sich auch gegen Atomprojekte in anderen Ländern engagiert.

In seinen aktuellen Einsprüchen weist der BBU darauf hin, dass die Nutzung der Atomenergie unbeherrschbar und nicht mit dem garantierten Schutz der Bevölkerung vereinbar ist. Der BBU befürchtet bei den neuen Reaktoren Verseuchung und Verstrahlung durch Leckagen, Störfälle und Erdbeben. Weiterhin kritisiert der Verband, dass der Betrieb neuer Atomreaktoren eine zusätzliche Produktion und Lagerung von Atommüll verursachen und noch mehr hochgefährliche Uran- und Atommülltransporte erfordern würde.

Der BBU geht in seinen Einsprüchen auch auf internationale Probleme ein. Die neuen Reaktoren würden den lebensfeindlichen Uranabbau vermehren und wären kein Beitrag zur Bekämpfung der Klimakatastrophe. Zudem betont der BBU, dass eine militärische Nutzung von Atombrennstoff und Atommüll der Reaktoren grundsätzlich ebenso wenig ausgeschlossen werden kann wie Atomspionage. Letztlich verweist der BBU darauf, dass es nie ein Endlager geben wird, in dem der Atommüll, der in den neuen Reaktoren anfallen würde, sicher gelagert werden kann. In diesem Zusammenhang benennt der BBU die Atommüllprojekte Asse und Gorleben als Warnungen.

Weitere Informationen zu den konkreten Genehmigungsverfahren unter

<http://www.stmuv.bayern.de/umwelt/reaktorsicherheit/bohunice/index.htm>

<http://www.stmuv.bayern.de/umwelt/reaktorsicherheit/paks/>

Pressemitteilung des BBU vom 22.10.2015

## Neues Atommüll-Lager in Jülich

Anti-Atomkraft-Initiativen haben am Samstag (24. Oktober 2015) mit dem Bau einer neuen Atommüllhalle in Jülich begonnen. Mit dieser symbolischen Aktion sollte verdeutlicht werden, dass der Abtransport der radioaktiven AVR-Brennelemente unverantwortlich wäre. Alternativ soll eine bestmögliche Lagermöglichkeit in Jülich geschaffen werden. Schon am 18. Oktober 2015 hatten Bürgerinitiativen aus Ahaus, aus dem Münsterland und vom Niederrhein in Ahaus gegen die drohenden Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus und für den Bau einer neuen Halle in Jülich demonstriert.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt und unterstützt die Aktivitäten der Bürgerinitiativen in und um Ahaus bzw. Jülich. BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz betont: „Beim Umgang mit dem Jülicher Atommüll muss die Sicherheit der Bevölkerung oberste Priorität haben. Das Verschieben von Atommüll löst keine Entsorgungsprobleme.“

Nach Auffassung des BBU müssen die NRW-Landesregierung und die Bundesregierung eine grundlegend-konsequente Schlussfolgerung aus dem Jülicher Atommüll-Dilemma ziehen: Es darf kein weiterer Atommüll produziert werden. Die Betriebsgenehmigungen noch laufender Atomkraftwerke und für die sonstigen Atomanlagen müssen sofort aufgehoben werden.

*Hintergrund und weitere Informationen:*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/23.10.15.pdf>

<http://www.westcastor.de>



## Brand in US-Atommülldeponie: BI warnt erneut vor Mischlagerung

Vor einer Woche ist in einer US-amerikanischen Atommülldeponie ein Feuer ausgebrochen, berichtet das Las Vegas Review- Journal. Ein 40 Sekunden dauerndes Video zeigt Explosionen in einem staatlichen unterirdischen Lager für schwachradioaktive Abfälle. Man erkennt weißen Rauch, der aus dem Boden dringt und umherfliegenden Schutt.

Der örtliche Feuerwehrchef Peter Mulvihill sagte demnach, die Ermittler wüssten noch nicht was die Ursache der "energetischen Verbrennung" sei. Die Flammen unter der Erdoberfläche hätten dazu geführt, dass alles verbrannt und sehr heiß sein würde.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) greift diesen Vorfall auf und stellt erneut in Frage, ob es verantwortbar sei, hochradioaktive Abfälle zusammen mit Gas entwickelnden und brennbaren Atommüllabfällen in eine Deponie zu verbringen. Schon zweimal hat es in einer US-Atommülldeponie gebrannt, erinnert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. 2014 musste die unterirdische WIPP-Anlage im Salzgestein nach einem Brand evakuiert werden und im Jahr 2000 hatte ein Buschbrand im Süden des US-Staates Washington das größte Atommülllager der USA in Hanford erfasst und fast die Hälfte des Geländes verwüstet. Dort wird Atommüll u.a. oberflächennah gelagert.

Ehmke: "Auf diesem Hintergrund halten wir es seitens des Bundesumweltministeriums für unverantwortlich, von dem Konzept abzuweichen, hochradioaktiven Müll getrennt von schwach- und mittelaktiven Abfällen zu deponieren."

Das Bundesumweltministerium hatte jüngst die Endlagerkommission damit beauftragt, für ein Mischlager Vorschläge zu erarbeiten statt allein Sicherheitskriterien für ein Lager mit hochradioaktivem Müll zu präsentieren.

*Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 25.10.2015. Weitere Infos der BI, die Mitglied im BBU ist, unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.*

## AKW Esenshamm (Sammeleinwendung)

Unter <http://www.ag-schacht-konrad.de/images/Dokumente/2015/AKW-Unterweser-Esenshamm-Einwendungsliste-Rueckbau-und-LUnA.pdf> findet man eine Sammeleinwendung gegen den EON-Antrag

- a) zum Bau eines Lagers für schwach- und mittelradioaktive Stoffe (LUnA) auf dem Gelände des AKW
- b) zu dieser Stilllegung und Abbau des AKW Esenshamm.

## Feinstaub

Feinstaub -der unsichtbare Killer - kommt auch aus Laserdruckern und Kopierern Feinstaub ist gesundheitsschädlich und fordert jährlich 3,3 Millionen Tote. Bis 2050 sollen sich die Opferzahlen verdoppeln. In Deutschland sterben jetzt schon mehr Menschen durch Feinstaub als durch Verkehrsunfälle. Dies berichten die Medien aktuell unter Berufung auf neue Studien. Als Luftverschmutzer werden vor allem Industrieabgase und der Auto- und Schiffsverkehr genannt. Zunehmend kommt die Landwirtschaft ins Visier. Auch die Palette der Erkrankungen durch Feinstaub wird immer größer. Feinstaub verursacht nicht nur Atemwegserkrankungen, sondern auch Allergien, Herzinfarkt und Schlaganfall sowie Diabetes und führt offenbar durch Gehirnsabbau auch zur Demenz, wie kürzlich eine US-Studie zeigte.

*Aus einer Pressemitteilung der BBU-Mitgliedsorganisation nano-Control vom 17.09.2015.*

*Vollständiger Text unter*

## Fracking

### **Gesundheitsrisiken der Erdgasförderung**

Das Bundeswirtschaftsministerium hat am 2. Oktober 2015 eine Anfrage der Bundestagsfraktion die LINKE beantwortet. Thema der aus mehreren Detailfragen bestehenden Anfrage: "Gesundheitsrisiken der Erdgasförderung insbesondere mittels Fracking". Hier die entsprechende Bundestagsdrucksache 18/6024:

<http://www.gegen-gasbohren.de/wp-content/uploads/2015/10/Antwort-KA-Gesundheitsrisiken-der-Erdgas%C3%B6rderung-insbesondere-mittels-Fracking6.pdf>.



## Klimaschutz- und Kohlepolitik

### **ENDE GELÄNDE ...und wie weiter? Aktionskonferenz 7./8. November**

Mit Ende Gelände hat im August die bislang größte Aktion Zivilen Ungehorsams der Klimabewegung stattgefunden. 1.500 Menschen haben die Kohlegrube Garzweiler besetzt. Viele haben sich das erste Mal an so einer Aktion beteiligt. Trotz massiver Gewalt und Repressionsdrohung von Seiten der Polizei und RWE haben wir uns nicht aufhalten lassen und haben die Kohlebagger zum Stillstand gebracht. Außerdem hat Ende Gelände den Widerspruch zwischen Klimaschutz und Kohleabbau wieder in die bundesweiten Medien gebracht. Für viele war das eine anspruchsvolle, aber auch ermutigende Erfahrung die Lust auf mehr macht!

Am 7. und 8. November wollen wir uns mit möglichst vielen von euch zu einer Aktionskonferenz in Leipzig versammeln. Kurz vor den UN- Klimaverhandlungen in Paris wollen wir unseren Zukünftigen Widerstand planen. Fahren viele von uns doch noch kurzfristig zu den Protesten nach Paris? Was halten wir von der Idee im April weltweit die größten CO<sub>2</sub>-Quellen zu blockieren? Gibt es ein neues Ende Gelände im nächsten Jahr? Wie geht es weiter mit dem Ineinandergreifen von Degrowth-Debatte und Aktionsperspektiven? Und was machen wir vor Ort?

So wie wir in der Aktion gemeinsam Entscheidungen getroffen haben wollen wir auch als Bewegung mit euch allen gemeinsam über die Zukunft reden. Alle sollen darüber mitreden wie es weiter geht. Egal ob Ihr in Umweltorganisationen/NGOs, linken Gruppen und Basisinitiativen organisiert seid oder noch keine feste Gruppe habt -ihr seid willkommen.

Die Konferenz findet am 7./8. November in Leipzig statt. Am 6. November wird wahrscheinlich eine größere, kontroverse Veranstaltung zum Klimagipfel in Paris stattfinden, es lohnt sich also, bereits am Freitag anzureisen. Am Samstag beginnen wir um 10 Uhr und am Sonntag wollen wir um 13.30 fertig sein.

Quelle und weitere Informationen: <https://ende-gelände.org/de/node/166>

## Naturschutz

### **Erste Naturschutz-Provinz**

Die indonesische Provinz West-Papua ist zur ersten Naturschutz-Provinz in Indonesien erklärt worden. Gleichzeitig ist sie nach Angaben von Taucher.net die erste Naturschutz-Provinz weltweit.

Quelle und weitere Informationen:

[http://www.taucher.net/aktuell/Indonesien/West-Papua\\_wird\\_zu\\_weltweit\\_ersten\\_Naturschutz-Provinz\\_5800.html](http://www.taucher.net/aktuell/Indonesien/West-Papua_wird_zu_weltweit_ersten_Naturschutz-Provinz_5800.html)

### **Verteidigungsministerium verweigert zivile Nachnutzung der Kasernen in Oerbke**

Mit dieser Entscheidung zeigen die Militärs einmal mehr, dass ihnen die Belange der Bevölkerung vor Ort ziemlich egal sind. Statt die nach dem Abzug der Briten frei werdenden Kasernen für eine zivile Nutzung zu öffnen und somit Arbeitsplätze zu schaffen, lässt das Verteidigungsministerium eine ganze Stadt vergammeln- um den Betrieb des Truppenübungsplatz nicht zu gefährden. Eine unverantwortliche Verschwendung von öffentlichem Eigentum.

Quelle und weitere Informationen unter <http://www.hohe-heidmark.de/Aktuelles>. Die Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark e.V ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

## Verkehrspolitik

### **Baustellen-Umgehungen für Sehbehinderte sichern!**

Anlässlich des internationalen „Tag des weißen Stocks“ am 15. Oktober macht der Fachverband Fußverkehr Deutschlands Fuss e.V. auf die großen Gefahren aufmerksam, die durch unachtsam aufgestellte Baustellensicherungen insbesondere für sehbehinderte Menschen entstehen. Nach Ansicht des Fuss-Sprechers Stefan Lieb ist „im Sinne der notwendigen barrierefreien Verkehrswegeführung mit zusammenhängenden Fußwegenetzen ein besonderes Augenmerk gerade auf diese Störungsstellen zu legen.“

Der Verband erhält regelmäßig Klagen darüber, dass die Einrichtungen der Baustellen gefährlich und irreführend sind, offensichtlich nicht überwacht werden und sich bei Beschwerden die örtliche Polizei fälschlicherweise für „unzuständig“ erklärt. Durch die leicht zu handhabenden mobilen Absturzsicherungen aus Kunststoff entsteht auf den Fußwegeverbindungen häufig ein Irrgarten, in dem man sich mit dem weißen Langstock keinen Weg ertasten kann. Außerdem sind Baustellenschilder oft so im „Luftraum“ über der Restgehwegbreite

angebracht, dass Blinde sich am Kopf verletzen können.

Gefährdungen und auch unzumutbare Engstellen oder Umleitungen insbesondere für Fußgänger und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sind nach Ansicht der Fußgängerlobby grundsätzlich zu vermeiden. Der Verband hat die wesentlichen Fragen für eine sachgerechte Sicherung von Arbeitsstellen und die Anzeigemöglichkeiten in einer auch für Laien verständlichen Form unter [www.geh-recht.de](http://www.geh-recht.de) > Fußverkehrsanlagen > Baustellen-Umgehungen dargestellt. Pressemitteilung vom 14.10.2015 des FUSS e.V. / Fachverband Fußverkehr Deutschland, <http://www.fuss-ev.de>.

### **Bundesfreiwillige/r gesucht**

Die BBU-Mitgliedsorganisationen UMKEHR und FUSS e.V. suchen eine/n Freiwillige/n im Bundesfreiwilligendienst zur Ergänzung unseres Teams in der gemeinsamen Geschäftsstelle. Die Konditionen: 30 Wochenstunden, Alter: ab 27 Jahre, Dauer: 12 Monate, Taschengeld: 250 Euro/Monat und Beiträge zu allen gesetzlichen Sozialversicherungen inklusive, kostenlose Seminare

Quelle und weitere Informationen: <http://fuss-ev.de/aktiv-werden/31-aktiv-werden/aktiv-werden/386-bundesfreiwillige.html>.

## **Welthandel**

### **TTIP: Eindrucksvolle Massendemonstration in Berlin / Unterschriftenaktion wird fortgesetzt**



Der BBU bezeichnet die Großdemonstration gegen die derzeit in Verhandlungen befindlichen transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) als eine der eindrucksvollsten Demonstrationen, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik stattgefunden haben. An ihr haben sich am 10. Oktober in Berlin rund 250.000 Menschen beteiligt. Auch der BBU hatte zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Jetzt ruft der BBU insbesondere auch ökologisch orientierte Bürgerinitiativen und Verbände zur Fortsetzung der internationalen Proteste und zur weiteren Unterstützung der europaweiten Unterschriftenaktion gegen die umstrittenen Handelsabkommen auf.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU (Foto links) bezeichnet die erfolgreiche Demonstration als machtvolles Zeichen zahlreicher sozialer Bewegungen. „TTIP und CETA müssen

gestoppt werden, damit nicht in intransparenten Verhandlungen Standards im Arbeits-, Sozial- und Umweltschutz reduziert werden. Ich bin froh darüber, dass sich auch viele Aktive aus Anti-Atomkraft- und aus Anti-Fracking-Initiativen an der Demonstration in Berlin beteiligt haben.“

#### **Europäische Initiative gegen TTIP und CETA setzt Unterschriftenaktion fort**

Nach Angaben des BBU wird auf jeden Fall die europaweite Unterschriftenaktion gegen TTIP und CETA fortgesetzt. Die ursprüngliche Europäische Bürgerinitiative (EBI) Stop TTIP, die auch vom BBU unterstützt wird, hatte am 7.10.2015 bei der EU-Kommission in Brüssel 3.263.920 Unterschriften gegen die drohenden Handelsabkommen eingereicht. Die Stop TTIP-Initiative hat damit mehr Unterzeichnerinnen und Unterzeichner als jede andere Europäische Bürgerinitiative bisher mobilisieren können. Die weitere Unterschriftenaktion ist nach Angaben der OrganisatorInnen aber nicht mehr länger eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative. Sie hat einen neuen Namen bekommen und nennt sich jetzt „Europäische Initiative. gegen TTIP und CETA“.

Weitere Informationen zu den Protesten gegen die Handelsabkommen findet man im Internet unter <http://ttip-demo.de> und unter <https://stop-ttip.org/de>.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 12.10.2015, vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/12.10.15.pdf>.

## **3. Termine**

**Umfangreiche Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>**

**Impressum: BBU-Newsletter Nr. 08 / 2015**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.11.2015. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.